

Prof. Dr. Martin Wagener
Berlin, 15. November 2019

Anmerkungen

**zum am 14. November 2019 ausgestrahlten Beitrag von *Kontraste* (ARD/RBB)
„Von wegen Meinungsfreiheit in Gefahr.
Was an Hochschulen alles gesagt werden kann“**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das politische Magazin *Kontraste* hat gestern einen Beitrag ausgestrahlt, der sich auch mit meinem Buch „Deutschlands unsichere Grenze. Plädoyer für einen neuen Schutzwall“ befasst. Dazu sind u.a. Auszüge aus einem Interview gesendet worden, das ich einem ebenso freundlichen wie bestens vorbereiteten Journalisten des Senders am 8. November 2019 gegeben habe.

Der Beitrag ist so gehalten, wie es von einem links der Mitte stehenden politischen Magazin zu erwarten ist. Es wird eine klare These vertreten. In diesem Fall ist argumentiert worden, dass es um die Meinungsfreiheit gut bestellt sei – angesichts der Tatsache, was Professoren in diesem Land alles ungestraft sagen dürfen. Dies ist eine völlig legitime und zudem zu großen Teilen zutreffende Behauptung. Auch die Zusammenstellung der mich betreffenden Passagen ist letztlich in fairer Weise erfolgt. Wer *Kontraste* ein Interview gibt, muss wissen, dass er sehr kritisch gewürdigt wird. Der zuständige Journalist hat im Rahmen der Pressefreiheit agiert, die wie die Meinungsfreiheit und die Wissenschaftsfreiheit zu den Säulen eines offenen Diskurses in einer freien Demokratie zählt. Die *Kontraste*-Beiträge haben also nichts mit der Mär von der „Lügenpresse“ zu tun, sondern mit der Wahrnehmung journalistischer Freiheiten.

Ich kann es mir allerdings nicht verkneifen, den geneigten Leser auf einige Dinge aufmerksam zu machen, zeigt der Beitrag doch geradezu mustergültig auf, wie durch eine kluge Zusammenstellung von Ton und Bild gezielt eine doch etwas einseitige Botschaft vermittelt wird:

- Natürlich gilt die Wissenschaftsfreiheit in Deutschland – auch in meinem Fall. Doch dies ist gar nicht das eigentliche Thema. Ich moniere unzulässige Eingriffe in die – nicht: die Beseitigung der! – Wissenschaftsfreiheit. Wenn der Autor eines Buches unbegründet und voreilig unter Rechtsextremismus-Verdacht gestellt wird, ist damit auch die unausgesprochene Ansage verbunden, er möge künftig besser zu anderen Themen forschen. Wird dies mit einem Verfahren verbunden, bei dem es um die Frage geht, ob der Professor aus dem Amt entfernt wird, steht die finanzielle Existenz auf dem Spiel. Der zusätzlich öffentlich lancierte Druck kann dann dazu führen, dass der betroffene Wissenschaftler eine Reaktion zeigt: die Selbstzensur. Wenn Hochschulstrukturen, auch im Zusammenwirken mit anderen Behörden, so etwas begünstigen, liegt ein klarer Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit vor. Über diese Themen habe ich ausführlich mit *Kontraste* gesprochen, gesendet worden sind meine Darlegungen nicht.
- Die Überlegungen zur Ausgestaltung einer postmodernen Grenzanlage sind mit *Kontraste* ebenfalls umfassend erörtert worden. Dabei habe ich natürlich deutlich auf folgendes hingewiesen: Es geht vor allem um mehr Kontrollen, auch und insbesondere gegenüber den verschiedenen Erscheinungsformen der transnationalen Kriminalität (Terroristen, kriminelle Banden, Organisierte Kriminalität, Schleuser, Drogen- und Waffenschmuggler usw.). Die Dimension des Problems drückt sich u.a. in der Tatsache aus, dass mit Stand vom 28. März 2019 insgesamt 185.736 Haftbefehle in Deutschland nicht vollstreckt worden sind. Diese Themen wurden im Bericht ausgeblendet. Stattdessen ist die Grenzanlage wie ein vollständig abgeschottetes System dargestellt worden, was im völligen Widerspruch zum Anliegen des Buches steht. Die zentrale Idee der postmodernen Grenzanlage ist, „kontrollierte Bewegungsfreiheit“ mittels großer Grenzübergangsstellen zu organisieren. Darüber haben wir uns ausführlich unterhalten, im Beitrag selbst wird es jedoch mit keinem Wort erwähnt. Aus gutem Grund: Es hätte das aufgebaute Argument des Journalisten geschwächt.
- Ich habe mich in meinem Buch in der Tat dagegen ausgesprochen, aus dem Asylrecht de facto einen Anspruch auf Integration in unser Land abzuleiten. Diese Dinge müssen getrennt werden: Auf der einen Seite steht das Asylrecht – und auf der anderen Seite die Chance auf Integration in die Bundesrepublik mittels Einwanderungsgesetz. Im Beitrag sind dann Bilder von Menschen in erbärmlich ausgestatteten Flüchtlingslagern eingesetzt worden, die offensichtlich vermitteln sollen, ich würde so etwas ebenfalls als Unterbringungsmöglichkeit vorschlagen. Dies ist natürlich nicht mein Ziel, was der Journalist weiß.

Die Botschaft des Beitrages wirkte so aber natürlich wesentlich besser. Ich plädiere dagegen für einen Ausbau vorhandener, infrastrukturell gut ausgestatteter Aufnahmelager im Stile der Ankerzentren, in denen sich im Falle des Baus der postmodernen Grenzanlage nur wenige Asylbewerber aufhalten werden. Die Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen würde in der Nähe der Konfliktgebiete erfolgen.

- Dazu müsste die Bundesregierung allerdings in ihrer Politik grundlegend umsteuern. Auch bei der Vergabe der Mittel: 2018 wurden über 15 Milliarden Euro innerhalb Deutschlands aufgewendet, um die anfallenden Flüchtlings- und Integrationskosten zu stemmen. Dagegen stellte die Bundesregierung nur knapp 400 Millionen US-Dollar zur Verfügung, um das UNHCR zu unterstützen. Die Versorgung von Kriegsflüchtlingen in ihren angestammten Ländern liegt – in Einzelfällen natürlich abweichend – bei etwa 15 bis 50 Cent pro Kopf und Tag. Dagegen werden durch die Versorgung eines Flüchtlings in Deutschland 50 bis 100 Euro pro Kopf und Tag verursacht. Wäre es nicht sinnvoll, an dieser Stelle umzudenken? Ich habe deshalb einen massiven Ausbau des deutschen Beitrages zum UNHCR gefordert, der auf 4 bis 5 Milliarden Dollar steigen sollte. Parallel dazu wird eine postmoderne Grenzanlage gebaut, die ein klares politisches Signal an wanderungswillige Gruppen kommuniziert. Natürlich sind meine Vorstellungen zur humanitären Abfederung des Projekts nicht gesendet worden, um die Gesamtaussage der ausgestrahlten Passagen homogen zu halten.

Kontraste hat jedes Recht, inhaltlich nicht ausbalancierte Beiträge zu senden. Der Zuschauer muss dies nur wissen. Insgesamt ist mir erneut deutlich geworden, dass in ARD und ZDF ein dezidiert konservativ ausgerichtetes politisches Magazin rechts der Mitte fehlt, um die Berichterstattung in der Summe etwas ausgeglichener zu gestalten. Selbiges gilt für die Talkshow-Landschaft: Wo ist der konservative Moderator, der andere Gäste zu anderen Themen befragt? Es täte unserer Demokratie und der Auflösung polarisierter Fronten gut, wenn die Leitmedien ausgewogener werden. *Kontraste* und die anderen öffentlich-rechtlichen politischen Magazine sind wichtige Elemente bei der Meinungsbildung des Wahlvolkes. Etwas mehr Konkurrenz von rechts (den Begriff übersetze ich stets mit „konservativ“) dürfte das Geschäft allerdings sehr beleben.

Mit freundlichen Grüßen

Martin Wagener